

► **Nr. VO/2023/12819**
öffentlich

Lübeck, 04.12.2023

Antrag eines Ausschuss-Mitgliedes

Verantwortliche Bereiche:
Geschäftsstelle Fraktion SPD & FW

Bearbeitung: Hinrich Bernzen (E-Mail: hinrich.bernzen@luebeck.de Telefon: 122-1035)

Dringlichkeitsantrag AM Renate Prüß (Fraktion SPD & FW): Bericht zum Konzept zur Armutsbekämpfung

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
05.12.2023	Ausschuss für Soziales	Öffentlich	zur Entscheidung

Antrag:

Die Verhinderung von Einkommensarmut ist in erster Linie eine bundespolitische Aufgabe. Dennoch hat kommunale Prävention und Bekämpfung von Armutsfolgen einen hohen Stellenwert für das soziale Miteinander in unserer Stadt. Es wurden in den letzten Jahren viele verschiedene psychosoziale Maßnahmen hierzu auf den Weg gebracht.

Diese gilt es weiterzuentwickeln und an veränderte Lebensbedingungen der Menschen anzupassen. Die Identifizierung von Lücken und die Überprüfung, ob bestehende Hilfen so strukturiert sind, dass sie auch bei den Menschen ankommen, sind dafür grundlegende Voraussetzung.

Der Bürgermeister wird beauftragt zu berichten:

- 1. Welche Angebote es bereits gibt, um Menschen in relativer Armut zu unterstützen, die keine Rücklagen haben und in Not geraten.*
- 2. Welche Hilfemöglichkeiten bieten die Stadt bzw. freie Träger an, wenn keine finanziellen Mittel mehr da sind z.B. für Lebensmittel, Strom, Miete, benötigte Kleidung für Kinder, Ersatzbeschaffung für wichtige Haushaltsgeräte, Schulutensilien etc.,*
- 3. An wen können sich die Menschen wenden, wenn sie in soziale Not geraten und wie erfahren sie von den Angeboten?*
- 4. Ist die Einrichtung stadtteilorientierter Fonds eine Möglichkeit bisherige Hilfen zu bündeln bzw. zu ergänzen und damit niedrigschwellig und dicht am Bedarf die Not der Menschen zu bekämpfen?*

Begründung:

Viele Menschen mit geringem Einkommen kämpfen zunehmend um ihr finanzielles Überleben. Angesichts der steigenden Preise besonders für Lebensmittel, aber auch für Energie, Wohnen und Nebenkosten reichen die Einkommen oft nicht mehr aus, um den Lebensunterhalt sicher zu stellen. Das betrifft auch Menschen, die Sozialleistungen beziehen.

Die ehrenamtlich organisierten Tafeln und Suppenküchen verzeichnen bundesweit und auch in Lübeck einen noch nie dagewesenen Anstieg von bedürftigen Menschen. Sie sind notwendig und im wahrsten Sinne des Wortes ein Armutszeugnis für unsere Gesellschaft.

Der wirksame Umgang mit finanzieller und sozialer Not ist ein wesentlicher Baustein eines integrierten und stadteilorientierten Gesamtkonzeptes zur Armutsbekämpfung in Lübeck, um Armutsfolgen wie Vereinsamung und Ausgrenzung verhindern bzw. abfedern zu können.

Anlagen:

Ausschussmitglied